

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heuseallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, SPD-
Obmann im Auswärtigen Aus-
schuß, bewertet den Stand
der KSZE-Folgekonferenz:
Erstmals wieder substantielle
Ergebnisse. Seite 1

Hans Büchler MdB erinnert
an Horst Korbbers leidenschaftliches Engagement,
die Folgen der Spaltung
zu erleichtern: Vermächtnis
und Auftrag. Seite 3

Walter Polkehn MdB wünscht
dem PVAP-Parteitag die
Kraft zur Lösung der Pro-
bleme: Gewisse Stabilität
unverkennbar. Seite 4

Eckard Kuhlwein MdB unter-
streicht, daß die BAföG-
Novelle Bedürftigen auch
künftig Staatshilfe sichert.
Junge Menschen können dem
Staat vertrauen. Seite 5

Franz Müntefering MdB kri-
tisiert die CDU/CSU-Vor-
schläge zur Wohnungspoli-
tik: Ruf nach drastischen
Mieterhöhungen als einziges
Rezept. Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 6 12-1

36. Jahrgang / 129

13. Juli 1981

Erstmals wieder substantielle Ergebnisse

KSZE-Folgekonferenz befruchtet den Ost-West-Dialog

Von Karsten D. Voigt MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

Wenn nicht alles täuscht, könnte es auf der KSZE-
Folgekonferenz in Madrid noch in diesem Monat zum Ab-
schluß der Beratungen und zu einem Schlußdokument kom-
men, das nach einer längeren Periode der Unsicherheit
erstmals wieder substantielle Ergebnisse im Ost-West-
Dialog aufweist.

Die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse in Madrid zeigen,
daß es auch unter schwierigen weltpolitischen Bedingungen
möglich ist, Bereiche der Zusammenarbeit zwischen Ost
und West nicht nur in ihrem Bestand zu sichern, sondern
auszubauen. Unumstritten unter allen Teilnehmern ist
der Wunsch, den KSZE-Prozeß fortzusetzen und eine
weitere KSZE-Folgekonferenz durchzuführen. Für die
Bereiche des Korbes II (wirtschaftliche Zusammenarbeit)
und III (menschliche Kontakte) konnten weiterführende
Texte verabschiedet werden. Man kann in Madrid also durch-
aus von einem ausgewogenen Gesamtergebnis, das sich auf
alle Bereiche der KSZE-Schlußakte erstreckt, sprechen.



Die gegenwärtig noch umstrittene und entscheidende Frage ist das Mandat für die in Aussicht genommene Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE). Gelingt es in Madrid, ein präzises Mandat für dieses wichtige Konferenzvorhaben zu verabschieden, so wäre damit ein entscheidender Schritt getan, um abgerissene Fäden im Ost-West-Dialog wieder zusammenzubinden. Dies wäre gerade jetzt ein entscheidender Beitrag zur Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen. Bisher hat sich gezeigt, daß ein funktionierender Ost-West-Dialog die westliche Einheit stärkt. Kooperationsverweigerung wirkt sich dagegen eher als Belastung für die Einheit des Westens aus. Diesen Zusammenhang sollte man auf westlicher Seite nicht übersehen, wenn es darum geht, den Weg für eine Konferenz über Abrüstung in Europa freizulegen. Der Vorschlag zur Einberufung einer KAE auf der Grundlage der KSZE-Schlußakte kommt von westlicher Seite, nämlich von Frankreich. NATO und EG haben sich nach eingehenden Beratungen für eine solche Konferenz ausgesprochen.

Die Sowjetunion ist auf dem KPdSU-Parteitag im Februar dieses Jahres in einer entscheidenden Frage, nämlich hinsichtlich der Ausdehnung von vertrauensbildenden Maßnahmen auf ganz Europa, dem Westen entgegengekommen. Die sowjetische Erwartung eines entsprechenden westlichen Entgegenkommens blieb lange im Unklaren. Sie wurde nun dahingehend konkretisiert, daß militärische Bewegungen an Europa ebenfalls Gegenstand der Vertrauensbildung sein sollten. Diese Möglichkeit sollte auf westlicher Seite nicht ausgeschlossen werden, denn sie stellt die militärische Handlungsfähigkeit des Bündnisses nicht infrage. Worum es auf westlicher Seite in erster Linie gehen sollte, ist, die Mandatsfrage so zu regeln, daß die KAE sich ganz auf die zu vereinbarenden Maßnahmen konzentrieren kann und nicht in ungelösten Grundsatzfragen steckenbleibt.

(-/13.7.1991/ks/ca)

+ + +



Vermächtnis und Auftrag

Horst Korbers leidenschaftliches Engagement diente, die Spaltung zu erleichtern

Von Hans Büchler MdB

SPD-Obmann im Bundestagsausschuß für Innerdeutsche Beziehungen

Unser Freund Horst Korber, Senator a.D. und Mitglied des Deutschen Bundestages, ist nach langer schwerer Krankheit gestorben und wird am heutigen Montag beigesetzt. Die sozialdemokratische Fraktion im Deutschen Bundestag verliert einen Mann, der sich zeit seines politischen Wirkens in Berlin und hier im Deutschen Bundestag der Milderung der menschlichen Auswirkungen der Teilung unseres Volkes angenommen hatte.

Seine tätige Solidarität, seine Verantwortungsbereitschaft, sein Leben galten den Berlinern, die mehr als anderswo die Zerrissenheit ihrer Familien so unmittelbar fühlen und tragen mußten. Horst Korber hatte einen herausragenden Anteil an der Verwirklichung der von den Berliner Sozialdemokraten Anfang der 60er Jahre begründeten "Politik der kleinen Schritte", die damals allen Berlinern Erleichterungen brachte.

Er war es, der ab 1963 mit Zähigkeit, Prinzipientreue und Kompromißbereitschaft und dem Willen zum Ausgleich die ersten Passierscheinabkommen mit der DDR-Regierung aushandelte. In der Anwendung dieser Grundsätze einer Politik der Vernunft und bei der Motivierung der Politik der Entspannung und der Menschlichkeit war Horst Korber beispielgebend.

Für vieles, was die Deutschlandpolitik in den letzten zehn Jahren für unsere Bürger erreichen konnte, bereitete der erste Verhandlungsführer Berlins den Weg. Seine großen Erfahrungen und sein leidenschaftliches Engagement für die Sache unseres Volkes brachte Horst Korber ein als Abgeordneter in den Deutschen Bundestag. Sein Wirken für den Deutschen Bundestag war nur von kurzer Dauer. Dennoch hat jeder gespürt, welchen Gewinn der Deutsche Bundestag auf Dauer von ihm gehabt hätte. Sein Tod ist daher ein schwerer Verlust für uns, den wir nur schwer ausgleichen können.

Sein bei allen Parteien anerkannter Ruf als Politiker gründete sich auf Sachkenntnis, Glaubwürdigkeit und die Kraft seiner Überzeugung.

Das Wirken Horst Korbers für unser Volk wird uns Vermächtnis und Auftrag bleiben.
Wir Sozialdemokraten trauern um den Verlust eines Freundes. (-/13.7.1981/hl/ca)

+ + +



Gewisse Stabilität unverkennbar

Sozialdemokraten wünschen dem PVAP-Parteitag die Kraft zur Problemlösung

Von Walter Polkehn MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Die Polnische Vereinigte Arbeiter Partei (PVAP) steht vor dem schwierigsten Parteikongreß seit ihrem Bestehen. Fehler der Vergangenheit haben zu den Streiks des vorigen Sommers und zur Gründung der neuen Gewerkschaft geführt. In der Arbeiterpartei gab es daraufhin weitreichende personelle Veränderungen. In beachtlich disziplinierter Weise haben die Polen bei äußerst schwieriger wirtschaftlicher und politischer Lage den Versuch zu einem Erneuerungsprozeß begonnen und eine gewisse Stabilität, nicht nur in der PVAP, ist heute unverkennbar. Der Parteikongreß wird - sicher mit harten Ringen um den richtigen Weg - zur weiteren Festigung beitragen.

Viel ist im Vorfeld des Parteitages geschrieben und berichtet worden. Manche Spekulationen und Wunschträume waren dabei. Wer die Ereignisse in Polen objektiv und realistisch verfolgt hat, dem konnte nicht entgehen, daß bei dem von den Polen selbst initiierten Erneuerungsprozeß zwei Grundpositionen nicht in Frage gestellt worden sind. Jedenfalls nicht von der großen Mehrheit des polnischen Volkes. Die Bündnisverpflichtung dem Warschauer Pakt gegenüber und die Führungsrolle der Vereinigten Polnischen Arbeiter Partei.

Die Volksrepublik Polen kann ebenso wenig aus dem östlichen Bündnis ausscheren, wie die Bundesrepublik aus dem westlichen. Beide Bündnisse sind für den einen wie den anderen Partner lebenswichtig. Es sei denn, NATO und Warschauer Pakt stellen sich selbst eines fernen Tages auf Grund erfolgreicher Friedenspolitik in Frage.

Der Parteikongreß wird die Grundposition kommunistischer Gesellschaftsordnungen, die Führungsrolle der jeweiligen Staatspartei erneut dokumentieren. Das neu zu wählende Zentralkomitee der PVAP wird den Weg zu weisen haben, der in Polen wieder zur Stabilität und zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten führt. Es wird kein leichter Weg sein. Er wird eine lange Durststrecke haben und dem polnischen Volk viel Einsicht und Entbehrungen abverlangen.

Wo wir Deutschen auf Wunsch helfen können, wollen wir es gerne tun, wenngleich wir im finanziellen Bereich inzwischen an Grenzen stoßen. Wir Sozialdemokraten wünschen dem Parteikongreß der Polnischen Vereinigten Arbeiter Partei die Kraft zur Meisterung der großen Probleme Polens.
(-/13.7.1981/ks/ca)

+ + +



Junge Menschen können dem Staat vertrauen

BAföG-Novelle sichert Bedürftigen auch künftig die Hilfe des Staates

Von Eckart Kuhlwein MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Bei allen Unterschieden in einzelnen Sachpunkten besteht Einvernehmen darüber, daß auf der einen Seite eine möglichst frühzeitige Anpassung der Leistungen unumgänglich ist, auf der anderen Seite jedoch der für 1981 bis 1984 vorgegebene Finanzrahmen in Höhe von 2,4 Milliarden DM Bundesmitteln - dem entspricht ein Aufwand der Länder von annähernd 1,3 Milliarden DM - nicht überschritten werden soll. Darum ging es bei der BAföG-Novelle: Trotz begrenzter Haushaltsmittel den sozialen Kern der Ausbildungsförderung zu sichern, das heißt auch für die Zukunft den jungen Menschen und ihren Familien staatliche Förderung zu sichern, die für ihre schulische und berufliche Ausbildung darauf angewiesen sind.

Einvernehmen kann ich auch dazu feststellen, daß mit der 7. Novelle das durchgesetzt worden ist, was unter den gegebenen Umständen für die Auszubildenden und ihre Familien erreichbar war. Bundesminister Engholm hat im Deutschen Bundestag anlässlich der dritten Lesung dargelegt, und das möchte ich noch einmal nachdrücklich hervorheben, daß wir trotz der Kürze der Zeit und der Enge des Handlungsspielraums ein ausgewogenes Konzept möglicher Anpassung und erforderlicher finanzwirksamer Eingriffe vorgelegt haben. Wir sind nicht der Versuchung unterlegen, sozusagen mit dem Rasenmäher über das Gesetz zu gehen und alle über einen Kamm zu scheren. Vielmehr haben wir uns bemüht, die erforderlichen Änderungen gezielt dort vorzunehmen, wo sie sozial- und bildungspolitisch am ehesten vertretbar sind.

Wo das persönliche Bemühen um eine gute Ausbildung auf Hilfe durch die Gemeinschaft angewiesen ist, müssen wir sie auch weiter gewährleisten - im Interesse der Zukunftschancen des Einzelnen wie unserer Gesellschaft insgesamt, die auf qualifizierten Nachwuchs dringend angewiesen ist. Ich meine, daß uns das mit dieser Gesetzesänderung trotz aller Kritik gelungen ist.

In diesem Zusammenhang erinnere ich an die nachdrücklichen Bekundungen im Deutschen Bundestag, mit dieser Gesetzesänderung sei im Bereich der Ausbildungsförderung der Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erbracht. Die Ausgaberrisiken, die in der Ausbildungsförderung lagen, sind jetzt eingedämmt, die Belastungen der Haushalte von Bund und Ländern sind auf ein tragbares Maß begrenzt worden. Dafür werden den Auszubildenden und ihren Eltern - entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit - Einschränkungen zugemutet. Dieses Opfer sollte bei den anstehenden Konsolidierungsbemühungen anerkannt werden.

Um die - erst zum 1. April des kommenden Jahres mögliche - Anpassung der Freibeträge, Sozialpauschalen und Bedarfssätze zu ermöglichen, werden mit diesem Gesetz Maßnahmen zur Kostenbegrenzung ergriffen, deren Gesamtauswirkung auf ein volles Jahr wir auf immerhin 300 bis 350 Millionen DM abschätzen.

Die Maßnahmen zur Kostenbegrenzung umfassen vier Schwerpunkte: Zum ersten eine exaktere Einkommenserfassung, um dem Prinzip des BAföG noch stärker Geltung zu verschaffen, daß nur diejenigen öffentliche Förderung erhalten sollen, die aufgrund mangelnden eigenen Einkommens und Einkommens ihrer Eltern oder Ehegatten darauf angewiesen sind. Ich halte den erzielten Konsens über die Zielrichtung der Neuregelung der Einkommenserfassung deshalb für besonders wichtig, weil sich in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck verbreiten darf, auch sehr gut Verdienende erhielten BAföG, obwohl sie die Ausbildung ihrer Kinder ohne weiteres auch aus eigenen Mitteln finanzieren könnten. Jeder Politiker weiß,



daß ihm solche Fälle im Gespräch mit den Wählern immer wieder vorgetragen werden. Mitnehmereffekte in der Ausbildungsförderung sollen das Förderungssystem nicht länger diskreditieren.

Weitere Schwerpunkte der kostenbegrenzenden Maßnahmen sind die stärkere Anrechnung des Elterneinkommens in bestimmten zumutbaren Fällen sowie die Neueingrenzung förderungsfähiger Zweitausbildungen. Wie sie wissen, hat die Bundesregierung es für unumgänglich angesehen, Zweitausbildungen nur noch in Ausnahmefällen zu fördern, weil ihre starke Ausweitung seit Beginn der 70er Jahre zu hohen Kosten geführt hat und weiter dazu führen würde. Wir standen vor der Alternative, die Erstausbildung für alle Auszubildenden ausreichend zu fördern - und das erfordert die rasche Anpassung der Leistungsparameter - oder für einen Teil der Studenten ein wachsendes Angebot an Zweitausbildungen finanzieren zu müssen. Hier mußten wir uns grundsätzlich für den ersten Weg entscheiden. Durch die inzwischen vorgenommenen Veränderungen des Gesetzentwurfs werden Fachhochschulabsolventen immer dann damit rechnen können, daß die Fortführung ihres Studiums an der Hochschule förderungsfähig ist, wenn sie in der gleichen fachlichen Richtung erfolgt. Und in den Fällen, wo ergänzende Ausbildungen für die Aufnahme des angestrebten Berufs rechtlich erforderlich sind, wird auch für sie weiterhin öffentliche Ausbildungsförderung gewährt werden. Dies ist insbesondere wichtig für junge Menschen, die nach einem Fachhochschulabschluß über eine Zusatzausbildung Lehrer an Berufsschulen werden wollen, und für angehende Lehrer, die eine solche Zusatzausbildung für das Lehramt an Sonderschulen benötigen.

Diese und andere gezielte Eingriffe in das Gesetz einerseits, die Terminierung der Anpassung erst auf April nächsten Jahres andererseits führen dazu, daß die Auszubildenden entsprechend ihrer und ihrer Eltern Leistungsfähigkeit Einschränkungen hinnehmen müssen. Aus diesem Grunde halte ich mit der Mehrheit des Deutschen Bundestages eine Anhebung des Grunddarlehensanteils im Rahmen dieses Änderungsgesetzes nicht für vertretbar. Zum Herbst wird es - trotz gestiegener Lebenshaltungskosten - noch keine Anpassung der Leistungen geben können und auch die zum 1. April 1982 vorgesehene Erhöhung der Bedarfssätze wird die bis dahin eingetretenen Kostensteigerungen nur etwa zur Hälfte ausgleichen können.

Wir wollen auf jeden Fall vermeiden, daß es durch einen erhöhten Darlehensanteil bei der Förderung zu dem von einigen befürchteten "Sozialen Numerus Clausus" kommt.

Ein Zweites kommt hinzu: Selbst mittelfristig würden höhere Darlehen nicht zu Einsparungen führen, da mit erhöhten Rückflüssen erst nach mehr als zehn Jahren gerechnet werden könnte. Ein effektiveres Mittel, die Kosten zu senken, ist die mit dem Änderungsgesetz beabsichtigte Beschleunigung des Darlehensrückflusses, unter anderem durch eine vertretbare Erhöhung der monatlichen Rückzahlungsraten. Die Bundesregierung wird - entsprechend dem Beschluß des Bundestages vom 25. Juni - prüfen, welche Maßnahmen darüber hinaus geeignet sind, die Effizienz des Darlehensverfahrens zu verbessern. Politik ist auch die Kunst, unter schwierigen Umständen das Notwendige zu erhalten. Ich meine, das ist uns gelungen: Trotz ungünstiger gewordener finanzpolitischer Rahmenbedingungen und einer gleichzeitigen expansiven Kostenentwicklung des Gesetzes in den letzten Jahren sichern wir den sozialen Kern der Ausbildungsförderung durch die Anpassung zum 1. April 1982 und gleichzeitig durch bedachtsames Sparen an solchen Punkten des Gesetzes, wo dies vertretbar erscheint. Die jungen Menschen, die BAföG wirklich brauchen, werden auch künftig auf die Hilfe des Staates für ihre Ausbildung vertrauen können.

(-/13.7.1981/ks/ca)

* * *



CDU/CSU-Vorschläge treffen jeden

Ruf nach drastischen Mieterhöhungen als einziges Rezept

Von Franz Müntefering MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Bundestagsausschuß
für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Sozial unausgewogen und in ihren Folgen vor allem für die Mieter in Ballungsgebieten gefährlich ist die wohnungspolitische Strategie der CDU/CSU, so wie sie in der Bundesratsdebatte über die von der Bundesregierung eingebrachten wohnungspolitischen Gesetzesinitiativen deutlich wurde. Hinter dem von den Unionspolitikern immer wieder im Munde geführten Schlagworten vom "Freien Markt im Wohnungsbau" verbirgt sich allein der Ruf nach drastischen Mieterhöhungen als einzigem Rezept, das der Union zur Lösung der wohnungspolitischen Probleme einfällt. Gefährlich in ihrer Wirkung für die Mieterhaushalte in den Ballungsgebieten sind die Vorstellungen der Union über die Lockerung des Mietrechts. Insbesondere die Forderung der Union, sogenannte Staffelmietverträge auch für den Wohnungsbestand zuzulassen, birgt die Gefahr in sich, daß es vor allem in Ballungsgebieten zu erheblichen Mietsprüngen im Wohnungsbestand kommt, ohne Gewähr dafür zu haben, daß dies zu den notwendigen Investitionen im Neubau führt.

Ebenso gefährlich in der gegenwärtigen wohnungspolitischen Situation ist der Vorschlag der Union, bei vorzeitiger Rückzahlung der Mittel die in den 50er Jahren gebauten Sozialwohnungen sofort in den freien Markt zu überführen. Damit wird ohne Not gerade der Bestand an preisgünstigen Sozialwohnungen verschleudert, der gegenwärtig dringend für die Versorgung von Problemgruppen benötigt wird. Zu vorzeitigen Rückzahlungen wird es gerade in den Ballungsgebieten kommen, dort, wo mit diesen Sozialwohnungen ein gutes Geschäft zu machen ist. Die so einer sozialen Wohnungspolitik verloren gegangenen Wohnungen müssen durch neue Sozialwohnungen mit erheblichem Mittelaufwand ersetzt werden. Für eine neue Sozialwohnung gehen die Bindungen bei mindestens 20 preisgünstigeren, älteren Sozialwohnungen verloren. Das Wohngeld kann für die hierdurch betroffenen Mieter keinen ausreichenden Ersatz bieten. Im Gegensatz zu der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Fehlbelegungsabgabe würde die Realisierung der Unionsvorschläge jeden treffen, unabhängig davon, ob er noch zum Kreis der Berechtigten im sozialen Wohnungsbau gehört oder nicht.

Besonders zu kritisieren ist, daß die Union sich jeder Diskussion über die notwendige Fortentwicklung des Bodenrechts verweigert. Gerade in den Engpässen auf dem Bodenmarkt liegt eine der entscheidenden Schranken für die notwendige Ausweitung des Wohnungsangebotes. Um ihre eigene Untätigkeit auf diesem Sektor zu kaschieren, bedient sich die Union erneut der schon früher geübten Praxis, Vorschläge der SPD mit Vokabeln wie "Systemveränderung" und "Kommunalisierung von Grund und Boden" zu belegen, die durch die vorliegenden Gesetzesvorschläge in keiner Weise gerechtfertigt sind. Es muß schon verwundern, wenn gerade die CDU/CSU, die ansonsten immer sehr lautstark die Förderung der Eigentumsbildung im Wohnungsbau als vorrangig herausstellt, sich weigert, mit zu helfen, eine der entscheidenden Schranken, die der Eigentumsbildung einkommensschwächerer Haushalte entgegensteht, zu beseitigen. Es ist zu hoffen, daß die CDU/CSU sich im Verlauf der weiteren Beratungen über die notwendigen Änderungen in der Wohnungsbaupolitik noch zu einem konstruktiven Dialog bereit finden wird und nicht aus einseitigem parteipolitischen Interesse einer Blockadepolitik den Vorzug gegen wird.

(-/13.7.1981/hf/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

